

Journalismus & Rechtsextremismus

EINE KOMPLIZIERTE BEZIEHUNG

DIESE WANDZEITUNG SOLL ZUR SENSIBILISIERUNG FÜR DIE PROBLEMLAGE BEITRAGEN UND KONKRETE TIPPS ZUR JOURNALISTISCHEN BERICHTERSTATTUNG ÜBER RECHTSEXTREMISMUS GEBEN

Wenn extrem rechte Gruppen als legitime Diskussteilnehmende auf Panels eingeladen werden – als ob sie Gesprächspartner_innen einer NGO wie Greenpeace sind –, wenn Sebastian Kurz von seiner eigenen Politik behaupten kann, dass vieles von dem, was er heute sagt, vor drei Jahren noch massiv von Medien als rechtsextrem kritisiert worden wäre, wenn also eine Normalisierung von solchen Positionen stattfindet und sie im Mainstream diskursfähig sind, ist es höchste Zeit, ein paar Basics zum journalistischen Umgang mit extrem

Rechten zusammenzutragen. Damit soll eine demokratische und antifaschistische Haltung besonders bei Medienschaffenden gestärkt werden. Nach einer Welle der Repression rechtsextremer Strukturen vor mehr als zehn Jahren haben sich Teile der extremen Rechten reorganisiert oder neu aufgestellt. So traten die „Identitären“ als hippere, modernisierte Variante in der Öffentlichkeit auf. In dieser Form stießen sie auch bei Jugendlichen auf viel Resonanz, was als eine Voraussetzung für Hegemoniefähigkeit gilt.

Zur Einbettung und adäquaten Kontextualisierung dieser Dynamiken haben wir uns den aktuellen FIPU-Band zu Rechtsextremismus: Herausforderungen für den Journalismus als Grundlage genommen, um zentrale Einsichten und Erkenntnisse übersichtlich zusammenzutragen. Die Übersicht ist bewusst als Wandzeitung gestaltet. Dieses Format schließt nicht nur an die Anfangstage der MALMOE an, sondern macht es auch sehr leicht, Pinboards in Medienbüros und an anderen Orten zu schmücken.

VON WEHRHAFTEN DEMOKRATIEN UND POPULISTISCHEN BIS RECHTSEXTREMEN ANGRIFFEN:

Demokratie heißt nicht, dass alle Stimmen Gehör finden sollen. Spätestens bei Perspektiven, die antidemokratisch sind, muss demokratische Toleranz aufhören und eine wehrhafte Demokratie eingreifen, da es gerade eine demokratische Debattenkultur und die beschworene „Meinungsfreiheit“ ist, die gezielt von extrem Rechten genutzt wird, um Demokratien zu destabilisieren und ultimativ zu zerstören.

Ziel rechter Politik ist folglich die Zerstörung des Demokratischen: Eine Kritik des Rechtsextremismus muss daher auf einer Gesellschaftskritik aufbauen, die auch die Bedingungen kritisiert, die extrem rechte Ideologie und Politik in der Demokratie befördern. So gilt es grundlegend, anstatt mit der extrem Rechten zu reden, sie einer schonungslosen Kritik zu unterziehen.

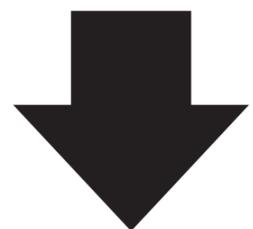
Rechte entzaubern sich nicht selbst: So ist es im besten Fall Naivität, im schlimmsten Fall einfach Unvermögen, wenn Journalist_innen immer noch glauben, dass die Rechten, wenn sie denn sprechen ließe, sich von selbst entzaubern würden.

Zur Unterwanderung etablierter Regeln eines sachlichen Diskurses und für eine Partizipation im medialen Diskurs schulen sich Neurechte in Rhetorik. Ein sachlicher Diskurs ist weder gewollt noch möglich, sondern gefährlich, weil

Rechten eine Bühne gegeben wird, die sie zu nutzen wissen. In der Vergangenheit waren Burschenschafter, Kameradschaften, Traditionsverbände etc. eher kamerascheu und gingen ihren Aktivitäten meist unter Ausschluss der Öffentlichkeit nach. Anders verhielt es sich bei den „Identitären“, sie stellten sich öffentlich zur Schau. Das führte zu einer besonders starken medialen Rezeption der sich selbst präsentierenden.

Bei „Gesprächen auf Augenhöhe“ werden die Meinungen des Gegenübers mit einem Anschein von Legitimität versehen. Eine Repräsentation von extrem Rechten auf symbolischer Ebene eines medialen Diskurses stellt einen Normalisierungsprozess dar. Es wird eine Gegenöffentlichkeit geschaffen, in der rechtsextreme Autor_innen vermeintlich alternative Erzählungen verbreiten und dadurch eine spezielle Sicht der Wirklichkeit konstruieren und Deutungsmacht erlangen können. Hinter den Diskreditierungsversuchen verbirgt sich nichts anderes als der Versuch, über die Verbreitung von Verschwörungsmisstrauen zu säen, kritischen Qualitätsjournalismus sowie journalistische Mindeststandards zu delegitimieren und sich dadurch selbst gegen Kritik zu immunisieren, indem diese stets als „systemgeleitet“ und „unseriös“ abgetan wird.

Edelste Aufgaben des Journalismus: Faschisierungstendenzen und andere Bedrohungen der Demokratie zu identifizieren und darüber aufzuklären.

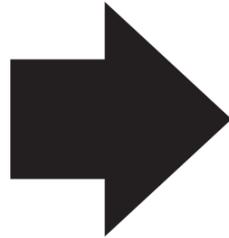


Befürchtung, dass kritische Journalist_innen den Unmut der Bezeichneten auf sich ziehen, ist ein Risiko, das selbstbewusster Journalismus aushalten können sollte.

„Positionsbeziehender Journalismus: Keine Neutralität gegenüber Rechtsextremen und ihren Ideologien.“

„Ursachen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind so komplex wie der Kampf gegen sie.“

Rechtspopulismus: Rechtsextreme Inhalte, die mit populistischer Methode propagiert werden. Rechtspopulismus orientiert sich am angeblichen und unausgesprochenen Willen des homogen imaginierten Volks, dessen Sprachrohr der Rechtspopulist ist. Dabei verstärkt Rechtspopulismus bestehende Ängste und Unsicherheiten in der Bevölkerung und schwingt sich selbst als Retter in diesen konstruierten Gefahrenszenarien auf.



Strategie extremer Rechter ist, dass ihre (tendenziell geringe) Anzahl an Aktivistinnen bei Demos oftmals in der ersten Reihe stehen, um so ein modernes Bild von vermeintlicher Gleichberechtigung im Sinne von Teilhabe und Präsenz zu vermitteln. Dabei bleiben die Geschlechtervorstellungen inhaltlich gleich, nämlich traditionell-reaktionär.

WAS ZEICHNET RECHTSEXTREMISMUS UND -POPULISMUS AUS?

- ▷ Mystifizierung der Natur und ihrer scheinbaren „Naturgesetze“, die werden entweder religiös als gottgewollt oder aber biologisch betrachtet.
- ▷ Rechtsextremismus als Form der Gegenaufklärung, die einer Gleichwertigkeit aller Menschen diametral gegenübersteht.
- ▷ Emotionalisierende Rhetoriken: Angstjournalismus, der die rechtsextreme Angstpolitik ergänzt und Erfüllungsgehilfe ihrer autoritären Lösungen ist. Angst plus Ohnmacht ist die Erfolgsformel der extremen Rechten.
- ▷ Ethnisierung des Sozialen: Gesellschaftliche Probleme werden als Migrationsprobleme geframed. Ein Übernehmen der Erklärungs- und Deutungsrahmen durch Journalist_innen leistet der gesellschaftlichen Diffusion rechtsextremer Erzählungen Beihilfe.
- ▷ Eine zynische Benutzung Ermordeter für politische Zwecke, um damit ein Medienecho hervorzurufen.
- ▷ Rechtsextreme Akteur_innen setzen zunehmend auf Mobilisierungen in Form von Verschwörungskampagnen. Verschwörungsmymen und -ideologien sind gesellschaftlich weit verbreitet und stellen für die Mobilisierung von Rechtsextremen einen Nährboden dar. Für den Journalismus ist das eine Herausforderung, besonders weil Ideologien stets teilweise Wahres mit Unwahrem verweben. Ideologie ist „objektiv notwendiges und zugleich falsches Bewusstsein, als Verschränkung des Wahren und Unwahren, die sich von der vollen Wahrheit ebenso scheidet wie von der bloßen Lüge“ (Theodor W. Adorno). Mythen und Ideologien von Verschwörungen halten sich über lange Zeiträume – um so wichtiger ist es, medial vermittelte Aufklärungsarbeit zu leisten.

ZIELE UND FUNKTIONEN RECHTSEXTREMER MEDIEN

Rechtsextreme Medien dienen der Stärkung einer jeweiligen Gruppenidentität. Wir-Konstruktionen werden bestärkt und aufgewertet sowie von vermeintlichen Anderen abgegrenzt und abgehoben. Dabei vermitteln rechtsextreme Zeitungen/Magazine den Anschein von Seriosität und Glaubwürdigkeit, was ihre Relevanz für den Rechtsextremismus auch im Internetzeitalter erklärt.

Rechtsextreme Medien verfolgen mehrere Ziele

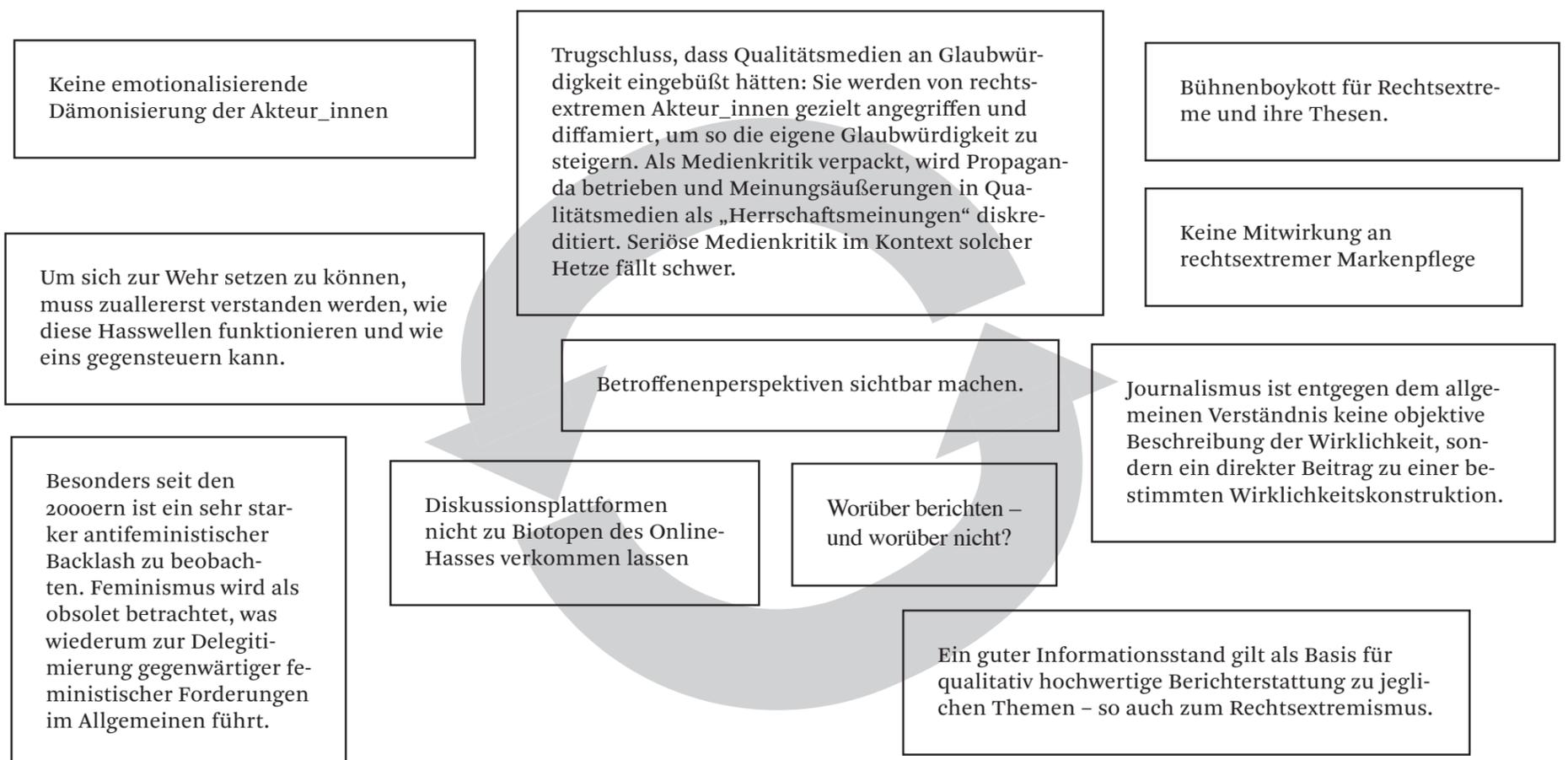
- ▷ Informationsweitergabe über eigene Tätigkeiten (Veranstaltungen, Kampagnen usw.)
- ▷ Einordnung tagespolitischer Ereignisse
- ▷ Gemeinschaftsbildung entlang geteilter, andernorts vermeintlich unterdrückter Wahrheit und gegen die „Lügenpresse“
- ▷ Sie bieten für Sympathisant_innen die Möglichkeit, sich zu informieren
- ▷ Für Anhänger_innen wiederum verfolgen sie den Zweck, auf dem Laufenden zu bleiben
- ▷ Mittels Debattenbeiträgen oder Kommentaren wird Ideologieproduktion betrieben
- ▷ Mit der Einführung bestimmter Begrifflichkeiten („wording“) oder Argumente wird nicht nur die ideologische Programmatik vorgegeben, sondern auch gleich unter den Anhänger_innen verbreitet

Mit Einladungen zu selbstorganisierten Veranstaltungen oder Interviews in rechtsaußen angesiedelten Magazinen stellen Rechtsextreme ihren Gegner_innen eine doppelte Falle: Nehmen diese das Angebot an, legitimieren sie ihr Gegenüber in einem sachlichen Diskurs. Lehnen sie die Einladung ab, wird ihnen mangelndes Demokratieverständnis und fehlende Gesprächsbereitschaft vorgeworfen.

„Das bessere Argument war noch nie die Geschäftsgrundlage von Rechtsextremen.“

Grundlagen eines antifaschistischen Journalismus

Wie können Journalist_innen verantwortungsvoll über Rechtsextreme und ihr Weltbild berichten, ohne ihnen in die Hände zu spielen? Eine Hauptherausforderung liegt in der Gratwanderung zwischen Aufklärungsarbeit und unfreiwilligem Weiterverbreiten extrem rechter Politiken. Dabei braucht gerade die Entnormalisierung einen Ort des öffentlichen Widerspruchs: Grenzen aufzuzeigen, um zu sagen, dass etwas nicht normal, nicht Alltag sein darf und nicht sein sollte. Dabei können der Komplexität und der Widersprüchlichkeit der Thematik entsprechend keine einfachen Antworten gegeben werden. Strategien und Umgang sind in ihren jeweiligen Kontexten immer wieder neu zu prüfen.



Kritischer Umgang mit Wirklichkeitskonstruktion: Journalismus ist keine objektive Beschreibung der Wirklichkeit. Er trägt zur Wirklichkeitskonstruktion und zu einem allgemeinen Verständnis unterschiedlichster gesellschaftlicher Zusammenhänge bei. Die kritische und differenzierte Auseinandersetzung mit dem Gegenstand muss also notwendigerweise Teil der journalistischen Arbeit sein.

Keine Quelle ist neutral, egal, wie viel Autorität sie ausstrahlt. Alles gilt es zu prüfen. Besonders Meldungen von staatlicher Seite und polizeilicher Pressearbeit muss mit einer kritischen Distanz begegnet werden. Diese Anforderung obliegt Medien, dem Parlament und nicht zuletzt der Gesellschaft im Allgemeinen.

Relevante Themen: Guter Journalismus weiß um die Relevanz und nötigen Hintergründe eines Themas, um es in komplexe gesellschaftliche Kontexte einordnen zu können. Mit kalkulierten „Tabubrüchen“ versuchen eigentlich triviale rechtsextreme Gruppen, über die dadurch ausgelöste Berichterstattung überhaupt erst Relevanz zu konstruieren. So haben die „Identitären“ in ihren ersten Jahren immense mediale Aufmerksamkeit erfahren. Nicht zuletzt verhilft ein verkäuflicher und exotisierender Blick verbunden mit einer fragwürdigen Faszination für den Rechtsextremismus diesem zu Sichtbarkeit.

Thematisierung rechter Gewalt in Massenmedien oft erst bei gewisser Schwere einer Tat: Unterhaltungsstoff, der sich vermarkten lässt. Gleichzeitig

ist die Sorge, dass eine intensive und komplexe Berichterstattung über rechtsextreme Aktionen Nachahmer_innen animieren könnte, ernst zu nehmen. Dabei gilt es, Problematiken früh zu erkennen und journalistisch in gesellschaftliche Kontexte einzubetten.

Nicht erst berichten, wenn es um martialische Gewalttaten geht: Es muss über Kapitalismus nachgedacht werden, über staatlichen Rassismus gesprochen werden, Antisemitismus unterbrochen und heteronormative Zweigeschlechtlichkeit kritisiert werden.

Inhaltliche Fokussierung und Zuspitzung: Berichte ins Zentrum der journalistischen Auseinandersetzung stellen. Das demokratiegefährdende Potenzial offenlegen und so hinter die Inszenierungen, die Ästhetik und die Rhetorik blicken – dem Rechtsextremismus also tatsächlich radikal auf den Grund gehen.

Bei Recherchen zu Rechtsextremismus Expert_innen einschlägiger Vereine, NGOs, Organisationen und Forschungseinrichtungen mit der Bitte um Rat, Hilfe, Material und Einschätzungen befragen und beiziehen.

Über die extreme Rechte berichten anstatt mit ihr: Allzu oft verkommen Erklärstücke über rechtsextreme Gruppen zu ausufernden Wiedergaben von deren Selbstdarstellung, denen das alibihaft eingestreute, kritische Expert_innenzitat mehr zur Abrundung dient denn als Kontrapunkt, während Betroffenenperspektiven in aller

Regel ganz außen vor bleiben.

Begriffliche Trennschärfen sind wichtig: So verkommt „Neurechts“ schon zum Label für jedes rechtsextreme Phänomen, dadurch verlieren Einordnungen an begrifflicher Schärfe.

Ideologiekritik als Analysemaske: Zentrale Bestimmungsmerkmale sind etwa das Postulat natürlicher Ungleichheit, Autoritarismus, Rassismus, rigider Geschlechterdualismus und ein biologistischer Volksbegriff, verbunden mit dem Ideal völkischer Homogenität.

Breiteren Gewaltbegriff anwenden: Gewalt fängt nicht erst dort an, wo Fäuste geschwungen und Abzüge betätigt werden, sondern an dem Punkt, wo Menschen(gruppen) verbal in ihrer Würde herabgesetzt oder auch institutionell in ihren Möglichkeiten einer selbstbestimmten Lebensgestaltung massiv eingeschränkt werden.

Medienvertretende brauchen das notwendige Wissen, um modernisiertes rechtsextremes Gedankengut erkennen und entlarven zu können. Es müssen antidemokratische Aussagen eines_r Parlamentarier_in erkannt werden und Politiken neuer antidemokratischer Gruppierungen decodiert werden können – und das ist voraussetzungsreich.

Rechtsextreme Akteurinnen ernst nehmen und nicht verharmlosen: Ohne das vielfältige Engagement von Frauen würde Rechtsextremismus nicht funktionieren.

Es braucht mehr fundierte Reportagen über

Selbst bad news erweisen sich oft als vorteilhaft, da jede Form von Aufmerksamkeit zu einem steigenden Bekanntheitsgrad beiträgt. Publicity ist im Grunde eine kostenlose Werbekampagne für rechte Gruppen und ihre Forderungen, denn trotz aller kritischen Sorgfalt profitieren sie doch am meisten davon. Dabei wissen Rechte, dass kaum gute Presse zu erwarten ist, aber doch mit wenig Aufwand viel Aufmerksamkeit und damit größere Bekanntheit erlangt werden kann. Artikel über Rechtsextremismus steigern Quoten, Auflagen und Shares, das ist ein guter Grund, über noch so irrationale Aktionen von extremen Rechten zu berichten. Rechte Gruppen profitieren auch vom knappen Fotobudget vieler Medien mit dem Effekt, dass selbst inszeniertes, bearbeitetes Material Einzug in die Mainstreampresse hält. Dabei ist klar, dass mit jeder Titelseiten-Story Personen mächtiger werden und an Relevanz gewinnen.

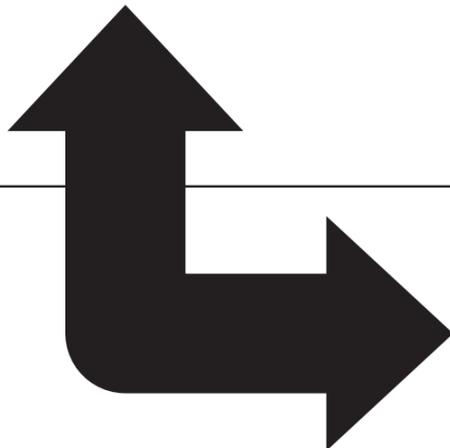
»Metapolitik« (Konzept des neurechten Publizisten Alain de Benoist): Kulturveränderung von rechts, aufbauend auf marxistischer Hegemonietheorie des Antifaschisten Antonio Gramsci. Ziel ist die langfristige Veränderung des gesellschaftlichen Denkens in der Sphäre des zivilgesellschaftlichen Raumes von Kultur, Sprache und Identität. Es geht darum, diskursive Arbeit zu leisten. In „die Köpfe der Menschen“ vorzudringen und so Zustimmung und langfristig Erfolge zu erarbeiten, die nicht allein auf kurzfristige Aktionen und Berichterstattung angewiesen sind.

Begriffe wie „Großer Austausch“, der gezielt von Rechten zum Sommer 2015 gestreut wurde und der sich in fast allen großen Tageszeitung unkritisch wiederfand

und breite Bekanntheit erlangte. Dabei ist der propagierte „Ethnopluralismus“ nichts anderes als eine weltweit angestrebte Apartheid, deren Realisierung mit unermesslicher Gewalt durchzuführen sei. Ein anderes Beispiel ist der Begriff „Remigration“, der eigentlich die Rückkehr von vom NS Vertriebenen beschreibt und von den „Identitären“ als Synonym für massenhafte Abschiebung verstanden wird, womit der Nationalsozialismus letztlich verharmlost wird. Die vermeintliche Überwindung historisch belasteter Begrifflichkeiten ist zu einem zentralen Kennzeichen rechtsextremer Gruppen geworden.

Aufgabe sollte es sein, die metapolitischen Bemühungen der „Identitären“ zu durchschauen und die von ihnen in den Diskurs gebrachten, umgedeuteten oder neu geschaffenen Wörter und Begriffe nicht zu reproduzieren, sondern kritisch zu kommentieren und die dahinterstehenden rassistischen und menschenverachtenden Inhalte zu entlarven.

Heute werden Positionen, die in der öffentlichen Debatte zuvor klar als rechtsextrem eingeordnet worden sind, in politischen Debatten reproduziert und damit normalisiert und legitimiert. Eine veränderte Sprache bleibt nicht in der Dimension des Textes stehen, sie zieht Handlungen nach sich, zunächst scheinbar nur Sprachhandlungen. Jedoch ist der Übergang vom Wort zur Tat ein fließender. Das kann auch in physischer Gewalt münden.



Rechtsextreme: Über ihre Ziele, ihre Strategien, Financiers, Netzwerke und Verbindungen in den Reihen von Polizei, Militär und Nachrichtendiensten.

Alarmismus vermeiden: Wird zu oft ins Register der Überbezeichnungen gegriffen, stumpft das gesellschaftliche Sensorium ab und es werden Warnungen dort, wo sie tatsächlich angebracht sind, nicht mit hinreichendem Ernst aufgenommen.

Das Phänomen beim Namen nennen: Zu harte wie auch zu weiche Begriffe sind ebenso zu vermeiden wie die Übernahme von Eigenbezeichnungen.

Konfrontative Formate kommen den Rechten entgegen, weil sie auf Emotion, Manipulation, Kampfrhetorik und griffige Parolen setzen statt auf sachliche Argumente.

Eine unfreiwillige Komplizenschaft mit und journalistische Assistenzleistung für die extremen Rechten kann schon durch die Wahl unangemessener (zu schwacher oder aber zu starker) Begrifflichkeiten für den Gegenstand verwirklicht werden.

Keine Überdramatisierung betreiben: Nicht selten werden Rechtsextreme als das Böse schlechthin gezeichnet, etwa in Form von an NS-Ästhetik angelehnten Magazincovern in düsteren Farben. Diese Art der Darstellung scheidet nicht nur daran, den Gegenstand angemessen zu fassen; sie nimmt nicht nur die gesellschaftliche Mitte aus der Kritik, indem

ihr der Extremismus als das vermeintlich ganz Andere gegenübergestellt wird. Nein, sie spielt der extremen Rechten mitunter sogar in die Karten, denn je dämonischer die Protagonist_innen gezeichnet werden, umso leichter fällt es ihnen im Alltag, keine Bestien zu sein – sondern im Grunde „ganz normal“.

Hofierende Einladungspolitik und die Übernahme von O-Tönen, Selbstbezeichnungen und Ästhetik stellen die offensichtlichsten Formen medialer Mitwirkung an rechtsextremen Selbstinszenierungen dar. Journalismus darf sich nicht zum Komplizen menschenverachtender Ideologien machen.

Berichterstattung über statt mit Rechtsextremen: Aufgrund des Drohpotenzials, der Gewaltbereitschaft und der Unberechenbarkeit der Protagonist_innen unterscheidet sich die Berichterstattung über Rechtsextreme von anderen journalistischen Aufgabengebieten. Redakteur_innen muss bewusst sein, dass sie selbst zur Zielscheibe werden (können), dass ihre Kanäle in sozialen Medien auf vermeintliche Skandalaussagen durchforstet und gegebenenfalls mit Hassnachrichten geflutet werden. Wichtig ist die Solidarität unter Kolleg_innen und der Rückhalt der Journalist_innen in ihren Organisationen. Als freie_r Journalist_in sollte ein Netzwerk für rechtlichen Rückhalt geknüpft werden.

Eine klare Haltung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus muss Einzug in die journalistische Arbeit finden. Die Gewalt von rechts ist ein Alltagsproblem, ihre Opferzahlen steigen jährlich – sie kann nur gemeinsam bekämpft werden.

HOW TO: STRATEGIEN BEI GESPRÄCHSFORMATEN, ZU DENEN EXTREM RECHTE EINGELADEN SIND

- ▶ Sich nicht primär an den Anwesenden einer Diskussion abarbeiten, sondern die von ihnen vertretenen Inhalte herausarbeiten und aufzeigen, welche Konsequenzen eine Umsetzung ihrer Forderungen zeitigen würde. Dadurch wäre es möglich, das Reden über Rechtsextremismus ins Zentrum zu stellen und weniger die direkte Interaktion mit dessen Protagonist_innen.
- ▶ Das bedeutet beispielsweise, direkte Ansprachen zu vermeiden, sich von persönlichen oder direkten Angriffen weder provozieren zu lassen noch sich für die eigenen Standpunkte zu rechtfertigen.
- ▶ Äußerungen des rechtsextremen Gegenübers können vielmehr dem Publikum als anschauliche Beispiele zur Untermauerung der eigenen Expertise vorgeführt werden, anstatt die Gegenargumente an den die Vertreter_in des Rechtsextremismus selbst zu adressieren.
- ▶ So können rechtsextreme Diskursstrategien möglicherweise abgewehrt werden, indem der die Experte_in sie offenlegt. Entsprechend würde der Diskurs über Rechtsextreme gestärkt werden, nicht jedoch mit ihnen. Dafür können auch andere fortschrittliche Diskussionsteilnehmer_innen einbezogen werden.
- ▶ Ziel sollte die Beibehaltung der Deutungshoheit über das diskutierte Problem aus der Expert_innenposition heraus sein – sowie die konsequente Unterbindung von Versuchen, bestimmte Mindeststandards, wie etwa von Grund- und Menschenrechten, im Diskurs infrage bzw. zur Diskussion zu stellen, und auch, was als rechtsextrem und/oder demokratiefeindlich bewertet werden kann und sollte.

ÜBERSICHT ZUR BERICHTERSTATTUNG VON GERICHTSPROZESSEN

Medienschaffende sind oft die einzige Öffentlichkeit. Eine Berichterstattung ist deshalb umso bedeutender. Als Prozessberichterstatte_innen bewegen sie sich in einem Spannungsfeld von Persönlichkeitsrechten der Prozessbeteiligten und den Medienfreiheiten, dem Öffentlichkeitsgrundsatz, dem Rechtsstaatsprinzip sowie dem Grundsatz der richterlichen Unabhängigkeit. Ob es zu einer Anklage oder Einstellungen des Falls kommt, hat Auswirkungen auf die öffentliche Wahrnehmung rechtsextremer bis neonazistischer Taten. Gleichzeitig kann öffentlicher Druck auch auf die Ermittlungsbehörden wirken, die zum Beispiel unter Zugzwang kommen, wenn politische Konsequenzen eingefordert werden, die Ermittlungen jedoch ins Leere laufen oder lange Zeit andauern. Hierbei gilt es, wie auch bei anderen Ermittlungsbehörden, die immer professioneller werdende Öffentlichkeitsarbeit zu hinterfragen. Auch diese Akteur_innen haben nämlich den Anspruch, die eigene Arbeit zu rechtfertigen – und diese ist geprägt von einem Vertrauen in die zuvor tätigen Polizei- und Verfassungsschutzkräfte.



- ▶ Rechtsextreme Gewalt muss benannt, sichtbar gemacht und ernst genommen werden. Dies zu fördern, ist unter anderem Aufgabe kritischer Prozessberichterstattung, gerade weil die zuständigen Ermittlungsbehörden und Gerichte ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nicht nachkommen.
- ▶ Betroffenen wird vor Gericht oftmals weniger geglaubt. Ihre Schilderungen werden als emotionalisiert und nicht relevant abgetan, und so finden sie in Prozessen wenig Gehör. Eine kritische Berichterstattung muss dem entgegenarbeiten.
- ▶ Taten werden bei Gericht als Einzelfälle verharmlost, Netzwerke und Kontinuitäten ausgeblendet. Journalismus muss die größeren Kontexte in den Vordergrund rücken.
- ▶ Eine tiefergehende Recherche ist unerlässlich, um Pauschalisierungen und Vereinfachungen, die zu unreflektiertem Übernehmen der Schilderungen der Beschuldigten führen, etwas entgegenzusetzen. Daneben braucht es eine kritische Auseinandersetzung mit den Deutungsmustern der Ermittlungsbehörden und Gerichte sowie eine Auseinandersetzung mit den gesellschaftspolitischen Ursprüngen und Auswirkungen solcher Taten.
- ▶ Taten, Ermittlungen und Verfahren nachverfolgen und bei Gericht und Staatsanwaltschaften direkt um Termine von anstehenden Verfahren anfragen. Meist wird über die Tat und den Start der Ermittlungen berichtet, aber nur in seltenen Fällen auch über die Ermittlung, das Verfahren oder das Urteil. Über Verfahrenseinstellungen wird zudem äußerst selten berichtet. Entsprechende Recherchen und Berichte würden aber eine wichtige öffentliche Funktion von Kontrolle und Aufklärung erfüllen, egal, ob es ein

- ▶ Urteil gibt oder die Einstellung folgt.
- ▶ Journalist_innen können längere Verfahren nicht gänzlich begleiten. Die wenigsten Medienhäuser können sich Mitarbeitende leisten, die dauerhaft für Prozessberichterstattung zuständig sind. Daher braucht es eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe der unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen (Betroffenen-)Initiativen mit kritischen Journalist_innen und (Medien-)Aktivist_innen, um unabhängig, kontinuierlich und umfassend berichten zu können.
- ▶ Freisprüche führen erfahrungsgemäß zu einer Legitimierung rechtsextremer Gewalt.
- ▶ Zeit für Recherche einplanen. Wie bei allen Rechtsmaterien wird die Recherche widersprüchliche Ergebnisse liefern, Auskünfte von Polizei, Politik, NGOs, Rechtsanwält_innen und Expert_innen klaffen möglicherweise auseinander, und die Positionen zu vergleichen, nimmt entsprechende Zeit in Anspruch.
- ▶ Platz für Widersprüche lassen. Widersprüchliche Auskünfte müssen nicht zwangsläufig aufgelöst werden, sondern können nebeneinander stehen bleiben.
- ▶ Oft sind es Vertreter_innen der Nebenklage, die in gut recherchierten Beweisanträgen den politischen Hintergrund der Taten und der Täter und Täterinnen thematisieren und auf die gesellschaftliche Dimension des Verfahrens hinweisen.
- ▶ Nebengesetze mitdenken. Es wäre wünschenswert, der Fokussierung auf das Verbotsgesetz nicht weiter Vorschub zu leisten. Anfragen an die Polizei könnten um Nebengesetze erweitert werden, was nicht zuletzt auch Bewusstsein bei der Exekutive schafft.

HOW TO: INFORMELLE INTIMGRUPPEN ALS ZENTRALE ANTIFASCHISTISCHE WISSENSQUELLEN

Intimgruppen zeichnen sich durch die Abwesenheit formaler Hierarchien aus und durch hohe Ansprüche auf intensiven Austausch und Vertrauen. Sie haben ein sehr weit gefasstes Verständnis von Politik. Die besondere Bedeutung von freundschaftlicher Verbindung steht im Zentrum. Dabei produzieren sie Sichtbarkeiten und fördern Strukturen zutage, in denen sie selbst individuell keine credits nehmen oder gar erkannt werden. Das dient dem Selbstschutz vor Angriffen. Die informelle Struktur erlaubt ein hohes Maß an Autonomie und damit einen weitgehend selbstbestimmten Handlungsspielraum der politischen Auseinandersetzungen. Für Antifa-Gruppen ist die Recherche und Dokumentationsarbeit über politische Gegner_innen seit jeher von grundlegender Bedeutung. Das beinhaltet die Sammlung rechtsextremer Publikationen und Dokumente, die Verfolgung von Gerichtsprozessen gegen Neonazis, aber auch, die lokale Szene systematisch zu beobachten, deren Veranstaltungen zu besuchen, Naziaktivist_innen zu observieren und zu fotografieren, um Rückschlüsse auf Strukturen, Entwicklungen und Zusammenhänge der politischen Gegner_innen ziehen zu können und deren Handlungen und Erscheinungsformen zu dokumentieren. Antifaschistische Recherchegruppen gelingen dabei Einblicke in die Hinterbühnen rechtsextremer Strukturen, und sie holen damit auch jene Informationen vor den Vorhang, die von den Rechtsextremisten nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind. Oftmals handelt es sich um mühsame Kleinarbeit aus kontinuierlicher Beobachtung, Archivarbeit und verdeckten oder offenen Nachforschungen, um Informationssplitter zum Thema zu sammeln und sie wie ein Puzzle zusammenzusetzen. Rechtsextremismus wird nicht als isoliertes Phänomen betrachtet, sondern vor dem Hintergrund eines bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsbaus analysiert. Die Recherche erstreckt sich auch auf organisatorische und inhaltliche Schnittstellen und Funktionen und insgesamt auf weitere gesellschaftliche Zusammenhänge und latente Artikulationsformen.

- ▶ Es geht gerade nicht um die Verkaufserfolge von Bildmaterial an Nachrichtenredaktionen oder die erwarteten Klickzahlen von publizierten Recherchen, sondern um die kontinuierliche Beobachtung und Dokumentation – auch und gerade dann, wenn kaum öffentliches Interesse an rechtsextremen Phänomenen besteht. Antifa-Aktivist_innen sind Expert_innen für die rechtsextreme Szene ihrer Region. Sie sind nicht nur auskunftsfreudiger, sondern besser informiert als staatliche Stellen.
- ▶ Ohne die akribische Vorarbeit von antifaschistischen Organisationen gäbe es viele der Recherchen über Rechtsextreme nicht.
- ▶ Neben der Infiltration rechtsextremer Strukturen und Observierungen verweist die Szeneliteratur über Antifa in den 1980er-Jahren auch auf vereinzelte Aktionen, bei denen Abhörgeräte bei rechtsextremen Kadern installiert, der Briefverkehr umgeleitet oder Treffpunkte durchsucht und Akten beschlagnahmt wurden. Insofern ist es wenig überraschend, dass Antifa-(Recherche-)Praxis auch im Kontext von „Private Intelligence Structures“ oder als „Alternative Policing Practice“ Einzug in den wissenschaftlichen Diskurs gefunden hat.



Die Macht von Bildern und der Umgang damit:

- ▶ Darüber hinaus liefern extrem Rechte den Medien, was sie haben wollen: nicht nur Namen und Gesichter, sondern vor allem auch Bilder. Ihre aktivistischen Aktivitäten sind nicht darauf angelegt, eine möglichst große Zahl an Menschen auf die Straße zu bringen. Vielmehr geht es dabei um Foto- und Telegenität.
- ▶ Bilder erfahren erst Wirkmächtigkeit, wenn sie Verbreitung erfahren haben. Journalismus fungiert allzu oft als Erfüllungsgehilfe in der Etablierung und Verbreitung eines von rechts angestoßenen Diskurses.
- ▶ So bietet es sich beispielsweise bei der Verwendung von Bildmaterialien an, schlichtweg keine Selbstinszenierungen der „Identitären“ oder anderer Gruppen zu reproduzieren, sondern stattdessen Fotos von Gegenprotesten oder von Betroffenen zu verwenden und dadurch den Fokus weg von den Täter_innen hin zu den Betroffenen zu richten.
- ▶ Oder gänzlich auf symbolisches Bildmaterial zu verzichten, da dieses sich oftmals retraumatisierend für Betroffene auswirken kann.
- ▶ Auf der Ebene von Bildern ist wichtig, bei der Sichtbarmachung von Verletzungen und Bedrohungen darauf zu achten, dass Opfer/Diskriminierte nicht einfach nur als Opfer gezeigt werden. Das schreibt den Opferstatus fest.
- ▶ Für eine gelungene Bilderwelt gegen Rechtsextremismus sind demzufolge drei Säulen nötig: Empowernde Bilder von Opfern/Diskriminierten, Bilder von und über Alternativen, kritisch-realistischer Blick auf Täter_innen
- ▶ Diese Bilderwelt steht im Kontext einer allgemeineren Prävention, die dann gelungen ist, wenn sich für die Opfer/Diskriminierten von Rechtsextremismus nachhaltig etwas zum Positiven ändert – dies sollte der Maßstab für Erfolg sein. Es geht um Täter_innenprävention, weil es um Opferprävention geht!

UMGANG IM NETZ

Internet, die Neue Rechte und Social Media – eine herausfordernde Kombination

- ▶ Nachlässige oder nicht vorhandene Forenmoderation trägt zur Normalisierung eines toxischen Diskussionsklimas bei.
- ▶ Es lässt sich nicht darauf vertrauen, dass die großen Social-Media-Plattformen unserer Zeit von selbst streng hinschauen und einschreiten, wenn über sie Verschwörungsmythen oder Antisemitismus verbreitet werden – in vielen Fällen braucht es eine breite journalistische Berichterstattung darüber, wie solche Akteur_innen soziale Medien für sich nutzen.
- ▶ Soziale Plattformen werten Signale wie die Anzahl von Shares, Likes und Kommentaren oftmals als einen Faktor für Relevanz, so wird dann gesellschaftliche Wirklichkeit produziert, ohne dass sie etwas mit der erfahrenen Welt zu tun hat.
- ▶ Eine winzige Minderheit verteilt einen großen Teil der Likes: 5 Prozent der User_innen, die mit „hateful speech“ interagierten, steuerten circa 50 Prozent der Likes für diese Beiträge bei.
- ▶ Ein Mindeststandard sollte sein, dass möglichst transparent und nachvollziehbar erklärt wird, welche Aktionen jeweils zum Ausschluss führten.
- ▶ Die Entscheidung, welche Inhalte gegen die Regeln verstoßen, wirkt oft willkürlich; es fehlt weitestgehend an nötiger Transparenz.
- ▶ Eine gute Alternative ist ein Perspektivenwechsel, um einen einseitigen Täter_innenfokus nicht immer und immer wieder zu reproduzieren. Der Perspektivenwechsel kann eine Täterfixierung überwinden und bei einer Analyse die Opferperspektive in den Fokus rücken.



Aktiviere deine Solidaritätsnetzwerke! Auch in sozialen Medien gilt: Solidarität ist eine Waffe! Rechte Shitstorms zielen auf die Vereinzelung, Isolierung und Beschämung der betroffenen Personen ab. Diese tendieren dazu, die Schuld bei sich selbst zu suchen, und ziehen sich zurück. Deshalb ist es wichtig, sich Unterstützung zu holen und damit nicht alleine zu bleiben. Kontaktiere deine Freund_innen, Kolleg_innen und politischen Mitstreiter_innen. So kann beispielsweise ein eigener Hashtag kreiert werden, um die Aufmerksamkeit anderer User_innen zu bekommen. Rede und schreibe darüber, tausche dich mit anderen Betroffenen aus. Neben Shitstorms zählen Massenmeldungen zu

den beliebten Methoden rechter User_innen. Dabei wird ein Tweet, der vermeintlich Problematisches beinhaltet, von zahlreichen anderen Accounts gleichzeitig bei Twitter als problematisch gemeldet, was meist eine temporäre Sperre mit der Aufforderung von Twitter, den betreffenden Tweet zu löschen, mit sich bringt. Inhalte, die gegen die Regeln verstoßen, wie beispielsweise Hassinhalte oder pornografische Darstellungen, können von User_innen gemeldet werden. Ob ein gemeldeter Tweet als Verstoß bewertet wird, entscheidet der/die Anbieter_in. Wenn es wiederholt zu solchen Verstößen gegen die Twitter-Richtlinien kommt, kann ein Account auch dauerhaft gesperrt werden.

Die Wandzeitung ist in der MALMOE-Ausgabe Nr. 97 zu finden.